

Erscheint wöchentlich einmal: Freitags. Anzeigen: Die 6 gespaltene Spaltenzeile 20 Pfennig. Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger. Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Entgegen in der Post-Zeitungspreisliste. Redaktion und Expedition: Ullm a. d. Donau, Reithardtstr. 14, Telef. 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.=D.) Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223. — Fernruf: Amt Königsstadt 4720.

Nummer 28.

Ullm a. Donau, den 10. Juli 1914.

25. Jahrgang.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Fritz Sarnholt, Ullm a. D., Reithardtstraße 14. — Geldsendungen an W. Zietze, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Inhaltsverzeichnis: Gesetz und Bildung. — Die Arbeitsnachweisfrage auf dem Gewerkschaftskongress. — Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1913. — Bundesstag des Reichsbundes deutscher Holzarbeiter in Oesterreich. — Bewußte Unwahrheit! — Mundschau: Die neuen Handelsverträge und ihre Wirkung auf die Holzgölle. Die deutschen Klavierfabriken. Der Verband Deutscher Waggonfabriken. Weibliche Handwerksmeister. Der günstige Abschluß von Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen. Vom bayerischen Holzmarkt. Die Notwendigkeit eines Reichsversicherungsamtes. Das private Versicherungswesen ist ein glänzendes Geschäft — für die Aktionäre. — Feuilleton: Mahagoni, Ebenholz, Polisanber und andere exotische Holz- und Edelholzer (Fortf.). — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Duisburg. Hagen. Hamburg. Ullm a. D. — Lohnbewegung. — Aus der Rechtsprechung: Der Vinderzuschuß der Invalidenrentenempfänger. — Patentschau. — Literarische Mitteilungen. — Antikliche Bekanntmachungen. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungsanzeiger. — Anzeigen.

Gesetz und Bildung.

Von Gottfried Traub, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

In der letzten Zeit wächst das Mißtrauen gegen gesetzliche Festsetzungen; man schilt über Gesetzesherei. Gerade in Kreisen, denen ein Ueberblick über die Gegenwart und Geschichte zuzutrauen ist, wird die Arbeit der gesetzgeberischen Körperschaften oft minderwertig beurteilt. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um solche Gesetze, die mit Verwaltungsfragen oder wirtschaftlichen Angelegenheiten zu tun haben; gemeint sind vor allen Dingen Gesetze auf dem Gebiet der allgemeinen Erziehung und Gesittung. Von diesen erwartet man wenig, tadelt die Ueberschätzung gesetzlicher Eingriffe z. B. bei der Schulbildung und dem Kinowesen.

Wir glauben, daß die Einschätzung der Wirkung eines Gesetzes bei denen, welche die Gesetze beruflich zu machen haben, eine weit geringere ist als im Publikum. Man ist in jenen Kreisen nicht nur von der Schwierigkeit der Formulierung gesetzlicher Bestimmungen im allgemeinen überzeugt, sondern hat die praktische Erfahrung über die Unberechenbarkeit der Wirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen zu oft gemacht. Man soll nie prophezeien, ehe etwas eingetrossen ist. Diese weise Mahnung bestätigt sich vor allem bei der Beurteilung gesetzgeberischer Einflüsse. Oft haben gerade die Bestimmungen, welche die beste und warmste Absicht zu Grunde lag, Folgen gezeitigt, von denen sich ihre Urheber niemals träumen ließen. Das Gesetz von dem Umschlag der Wirkungen ist eine der unbefristetsten, aber auch am wenigsten berechenbaren Erscheinungen des geschichtlichen Lebens. In weiten Kreisen des Publikums dagegen ist man gewöhnt, mit einer Sache fertig zu sein, sobald eine gesetzliche oder polizeiliche Bestimmung darüber vorhanden ist, dann gilt sie als geordnet oder wenigstens genau bestimmt. Dieser Uberglauben rächt sich; er trägt Schuld daran, daß man sich weithin der persönlichen Verantwortlichkeit entzieht, welche man gleichzeitig von dem Gesetzgeber in ungerechtem Umfange verlangt.

Trotz alledem steckt viel Wahres in dem oben geschilderten Mißtrauen. Die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens sind dort schwer zu fassen, wo es sich um Erziehung und Bildung handelt. In all diesen Fragen kreuzen sich eine solche Fülle verschiedener Einflüsse, daß man selten eine Linie herausnehmen kann, ohne die anderen alle zu verwirren; besonders die Gradlinigkeit eines Erfolges ist auf diesem Gebiet am meisten in Frage gestellt. Darum haben alle diejenigen recht, welche das Hauptgewicht auf Vertiefung der Bildung und Pflege der Erziehung und Gesittung legen. Die Selbsttätigkeit muß wieder zeigen, was sie vermag; ohne sie ist die Verantwortlichkeit undenkbar und alle Handlungen der erzieherischen Tätigkeit bedürfen nichts dringender als den höchsten Grad persönlicher Verantwortlichkeit, sonst sind sie wertlos.

Es ist leicht, etwas vorzuschreiben in Gebieten, auf denen die Masse äußerlich sichtbar ist, auf allen anderen Gebieten des geistigen und sittlichen Lebens dagegen ist die innere Absicht und Haltung das Ausschlaggebende. Eben darum versagen hier äußerliche Festsetzungen viel leicht. Ebenso muß aber auch nach der anderen Seite Kritik geübt werden. Es machen sich auch manche, welche die Pflege der Bildung gegen die Gesetzesherei auspielen, sehr bequem, denn auch sie begreifen den gleichen Fehler, den sie den anderen vorwerfen. Sie wünschen keine Umformung des Gesetzes, wollen aber wiederum einheitliche äußere Maßstäbe für die Bildung aufgestellt sehen — als ob man auf diesem Gebiet uniform vorgehen könnte — aber sie sprechen vor der Vielgestaltigkeit der Bestrebungen. Sie jucken sich nicht gleich zurecht und werden hilflos. Sie wollen nicht selbsttätig handeln, sondern vorher genau die Regeln kennen, welche ihnen die Sicherheit des Erfolges verbürgen sollen. Ja, wenn man immer genau wüßte, was gefund wirkt, und wie dem Volke in dem Einzelnen in seiner Erziehung zu helfen ist, dann wäre es mehr wie

unverständlich, daß man diese Wege nicht einschlägt. Aber diese Fragen sind so verwickelt und man erschrickt vielfach vor der Fülle sich oft widersprechender Bestrebungen und Bewegungen, und sehnt sich innerlich wiederum nach dem Gesetzgeber, den man eben vorhin noch verwünscht hat. Aus solchen Widersprüchen kann nur die klare Erkenntnis helfen, daß man, besonders bei einem solchen großen Volke, wie wir es geworden sind, ein starkes Vertrauen in die Kräfte des Volkes selber haben muß, will man sich die Frische und Natürlichkeit seines eigenen Handelns bewahren. Mit aller Energie bekämpfen wir festselnde Erbsitten. Wir sind nicht blind dagegen, aber wir bilden uns nicht ein, daß gerade der Weg auf dem wir gehen, der einzige mögliche sei. Wer die Geschichte der Völker ein wenig kennt, empfand die Schwierigkeit zentnerschwer darüber zu urteilen, welche Erscheinungen zum Verfall oder zum Aufstieg geholfen haben. Ich meine, daß man sich die Entscheidung hierüber manchmal recht leicht macht. Darum kommt es auch auf diesem Gebiete und hier erst recht, einzig auf die Ehrlichkeit der inneren Gesinnung an. Wo diese aufrichtig ist, da wird es wohl gelingen.

Wir meinen, damit nichts neues gesagt zu haben und wissen sehr genau, daß nun gerade die Frage angeht, wie man zu solcher inneren Ehrlichkeit erzieht. Aber wir haben die Hoffnung, daß auch hierzu verschiedene Wege führen, da die Menschen nach Natur und Anlage die größten Mannigfaltigkeiten zeigen, und man immer wieder erstaunt ist, wie sich trotz der Schablone die Menschennatur selbst durchsetzt und uns immer wieder eine erfreuliche originale Erscheinung schenkt. Das Leben ist größer als die Gesetze, aber auch der größte Strom braucht seine Ufer.

Die Arbeitsnachweisfrage auf dem Gewerkschaftskongress.

Wie wir seinerzeit in der „Stimme“ berichteten, wurde nach nachträglich als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gesetzt: „Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“. Als Referent war Herr A. Neumann-Berlin vom deutschen Holzarbeiter-Verband vorgelesen. Derselbe behandelte die Arbeitsnachweisfrage von dem Gesichtspunkt aus, daß der Verband deutscher Arbeitsnachweise gegen die freien Gewerkschaften im Interesse der Arbeitgeber arbeite. Die paritätischen Facharbeitsnachweise priess er als wertvolle Erwerbsnachweise für Arbeiter und drohte den Kampf der Arbeiterschaft an, wenn ein Eingriff in den jetzigen Zustand erfolge.

Es muß vor allen Dingen darauf hingewiesen werden, daß Herr Neumann gar kein Recht hat, in diesem Falle von den Interessen der Arbeiterschaft zu sprechen, denn die Zahl derjenigen Arbeiter, die sich für die paritätischen Facharbeitsnachweise erwärmen, ist so verschwindend klein, daß sie gegenüber der gesamten deutschen Arbeiterschaft fast gar nicht ins Gewicht fällt. Die paritätischen Facharbeitsnachweise sind nur eine Erwerbsnachweise für einzelne sozialdemokratische Organisationen und zwar, weil sie in dieser Einrichtung ein wichtiges Agitationsmittel erblicken. Ob der Arbeitsnachweis das Vertrauen der Arbeiter besitzt, darum kümmern sich die Herrschaften recht wenig.

Wenn Herr Neumann die Haltung der Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen für unverständlich findet, „die jede Niederträchtigkeit gegen die paritätischen Facharbeitsnachweise fördern“, so ist das Geschmacksache und über den Geschmack kann man nicht streiten. Wir finden diese Haltung sehr verständlich, und würden uns als Nachschlappen vorfinden, wenn wir gegen die niederträchtige Verwendung einer sozialen Einrichtung zu Agitationszwecken nicht ankämpfen würden.

Es ist eine Verchiebung des Kampffeldes, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob der Gewerksverein lediglich im Arbeitsnachweis Einfluß gewinnen wollte, den er heute nicht haben könnte. Wir wenden uns lediglich dagegen, daß der Arbeitsnachweis dazu benutzt wird, um jedem Anders- und Nichtorganisierten das Leben so schwer wie möglich zu machen, ohne in seinem Arbeitsverhältnis in bezug auf die Dauer der Arbeitslosigkeit auch nur das Geringste zu bessern. Der Gewerksverein wendet sich nicht gegen die Benutzung solcher Nachweise, sondern er wendet sich dagegen, daß man dem Arbeiter jedes freie Verfügungsrecht über seine Arbeitskraft nimmt, daß man ihm verbietet, irgend eine Arbeit anzunehmen, wenn er sie nicht nach so und so langer Arbeitslosigkeit durch Zufall oder durch die Güte des Arbeitsvermittlers erhält. Die Menopolbestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften in bezug auf den Arbeitsnachweis, die Beschneidung der persönlichen Freiheit und Freizügigkeit — diese Dinge bekämpfen wir. Durch die paritätischen Facharbeitsnachweise werden die tariflichen Bedingungen nicht geschützt, sondern illusorisch gemacht. Das Weidewort der Arbeitslosigkeit, die unbedingt mit dem Vermittlungszwang des Arbeitsnachweises verbunden ist, zwingt die Kollegen, lieber unter Tarif zu arbeiten, als wie die Stelle zu wechseln. Das ist so häufig in Berlin in die Erscheinung getreten und überall nachgewiesen. Werkstätten, die früher als Musterbetriebe galten, sind heute zu Bruchbuden geworden unter dem Arbeitsnachweis. Es fällt den Leuten nicht ein, die Arbeit zu schmeißen, weil sie

wissen, wie lange sie auf dem Arbeitsnachweis liegen müssen. Wir werden also trotz der Neumann'schen Vorwürfe nach wie vor in demselben Sinne tätig sein wie bisher und hoffen, daß wir alle diejenigen auf unserer Seite finden, die es ehrlich und unparteiisch, mit der Lösung der Arbeitsnachweisfrage meinen.

Die Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1913.

VI. Unser Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine bringt in Nr. 51 die jährliche Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Berufsgewerksvereine im Jahre 1913. Einleitend weist „Der Gewerksverein“ darauf hin, daß das vergangene Jahr der Entwicklung der Arbeiterorganisationen nicht günstig gewesen sei. Die schwere wirtschaftliche Krise habe nachteilig auf die Mitgliederbestände eingewirkt. Wie die anderen Organisationsrichtungen konnten auch wir den Mitgliederstand nicht halten. Unser Mitgliederverlust von 2607 ist absolut und relativ geringer als bei den freien und christlichen Gewerkschaften. Die Gesamtmitgliederzahl betrug Ende 1913 im Verbands 106 618. Die Zahl der Ortsvereine ist von 2142 auf 2153 gestiegen. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 2 866 891,58 Mk. gegen 2 786 329,46 Mk. im Vorjahre. Die Gesamtausgaben für das Jahr 1913 betragen 2 620 864,71 Mk. gegen 2 461 716,76 Mk. im Vorjahre.

Interessant ist es, die einzelnen Ausgabenposten näher zu prüfen. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt 328 177,34 Mk. Das sind über 100 000 Mk. mehr als im Jahre 1912, wo diese Summe 226 775,77 Mk. betrug. Deutlicher kann der wirtschaftliche Niedergang nicht widerspiegelt werden. Für Reise, Umzug, besondere Notfälle, Invalidität wurden zusammen 88 631,21 Mk. ausgegeben. Der Aufwand für Sterbefälle belief sich auf 116 164,04 Mk. und für Krankenunterstützung wurden gezahlt 805 096,43 Mk. Die Unterstützung bei Streiks, Maßregelung und Aussperrung erforderte aus den Haupt- und Lokalkassen zusammen 459 448,53 Mk. gegen 348 939,26 Mk. im Jahre 1912. Also auch hier wurden weit über 100 000 Mk. mehr gezahlt.

Jedenfalls lassen die aufgeführten Zahlen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Arbeiter in den Deutschen Gewerksvereinen eine Organisation finden, auf die sie in allen Notlagen des Lebens mit Sicherheit rechnen können. Dies kommt auch im Vermögensstande deutlich zur Geltung. In den Hauptkassen aller Gewerksvereine befanden sich Ende 1913: 1 432 815,14 Mk. gegen 1 512 669,77 Mk. im Vorjahre. Die Lokalkassen weisen einen Gesamtbestand von 295 712,98 Mk. auf gegen 316 181,57 Mk. In beiden Klassen ist das Vermögen etwas gesunken. Das kann auf den ersten Blick auffallen, weil ja die Gesamteinnahmen größer waren als die Gesamtausgaben. Indessen waren fast alle Gewerksvereine im abgelaufenen Jahre gezwungen, Wertpapiere zu verkaufen. Dabei sind infolge des niedrigen Kursstandes nicht unbeträchtliche Verluste zu verzeichnen gewesen, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommen. In den Krankenkassen hat sich das Vermögen etwas erhöht. Es ist nämlich von 1 278 904,76 Mark auf 1 280 400,09 Mk. gestiegen. Eine Zunahme weist auch das Vermögen in den Begräbniskassen auf: es stieg von 1 392 329 Mark 55 Pf. auf 1 456 412,80 Mk. Das Gesamtvermögen der Deutschen Gewerksvereine einschließlich des Verbandes betrug im Jahre 1913: 4 465 341 Mark.

Berechtigt ist die Klage des Verbandsorgans über die nicht rechtzeitige Einreichung des Materials durch einige Hauptverbände. Dadurch, daß verschiedene Angaben fehlen, ist das Bild über die Leistungen unserer Gewerksvereine zum eigenen Schaden ungünstiger. Beachtet man ferner, wieviel Rechenkassen in manchen Ortsvereinen und Ortsverbänden existieren, die aus lokalen Mitteln die Arbeit für die Mitglieder tun, ohne daß diese Leistungen in den Abrechnungen der Hauptkassen erscheinen, dann muß man diese Kurzichtigkeit bedauern. Denn in Wirklichkeit sind die Leistungen der Gewerksvereine wesentlich höher als sie in unseren Statistiken zum Ausdruck kommen. Hier besjend zu wirken ist eine dankbare Aufgabe.

Bundesstag des Reichsbundes deutscher Holzarbeiter in Oesterreich.

Der Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands steht seit dem Jahre 1909 mit vorgenannter Organisation in einem Kartellverhältnis. Aus diesem Grunde war unser Gewerksverein auf dem jetzigen Bundesstages, welcher am Sonntag den 28. Juni 1914 in Töplitz stattfand, durch den Vorsitzenden Kollegen Schumacher vertreten. Diese Tagung wird alle 2 Jahre abgehalten. Nach den Berichten der einzelnen Verbandsmitglieder hat der Reichsbund in der letzten Periode viele Kämpfe führen müssen, und war die Arbeitslosigkeit auf Grund der Weltaawirren sehr groß. Unsere Kollegen in Oesterreich haben noch wenig mit einem geschlossenen Unternehmertum zu tun; bei den Lohnbewegungen handelt es sich meistens um einzelne Orte, vielfach auch um einzelne Arbeitgeber.

Zu bezug auf die Verwaltung wurde nach folgender Beschlus gefasst: „Ein- bis zweimal im Jahr kann jede Ortsgruppe einen Referenten auf Kosten der Hauptkasse verlangen, darüber hinaus sind die Kosten der Referenten von den Ortsgruppen zu zahlen; ausgenommen bei Lohnbewegungen.“ Durch diesen Beschlus will man verhindern, daß die Ortsgruppen bei jeder Kleinigkeit einen Referent von auswärtig verlangen. Ferner wurde beschlossen: „Den Mitgliedern, welche ausgeschieden sind oder ihre Wartezeit noch nicht vollendet haben, werden die Beiträge frei abgestempelt.“ Eine direkte Beitragsverhöhung wurde nicht beschlossen, jedoch folgender Antrag angenommen: „Die Ortsgruppen werden verpflichtet, innerhalb der nächsten 2 Jahre den Lokalbeitrag um mindestens 10 Heller zu erhöhen.“

Die innere Verwaltung des Reichsbundes wird in Zukunft nach Wien verlegt werden, wo alle deutschen Gewerkschaften Österreichs, die der Zentralkommission angeschlossen sind, ihren Sitz nehmen. Die Hauptleitung wurde einstimmig wiedergewählt. Von besonderem Interesse war Punkt 7 der Tagesordnung, ein Referat über: „Materielle soziale und nationale Aufgaben“, referiert von Herr Schulz Aulzig. Er behandelte in grundlegender Weise die Notwendigkeit der deutschen Organisation in Österreich. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Österreich wird von unseren Kollegen als eine Kulturbewegung angesehen. Die Arbeitgeber haben billige Arbeitskräfte. Der deutsche Arbeiter beansprucht mehr Lohn, wie die zurückgebliebenen Volkstämme, deren Kulturbedürfnis nicht so groß ist, wie das der Deutschen. Das immer weitere Vordringen der slawischen Volkstämme in deutsche Gegenden drückt den Lohn immer mehr herunter. Deshalb ist es notwendig, in der deutschen Organisation die Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung zu wahren und zu heben. Diese deutsche nationale Bewegung richtet sich nicht gegen die anderen Volkstämme, aber sie ist gerade in Österreich eine Notwendigkeit geworden. Im sozialdemokratischen Holzarbeiterverband waren bisher die deutschen und die Tschechen. In letzter Zeit sind die Tschechen ausgetrieben und haben auf Grund ihrer Majorität an vielen Orten einen Teil des Vermögens der Zehntelteil mitgenommen. Sie haben dann eine rein tschechische Organisation gegründet, die heute unter dem Namen „Severastřel“ heißt. Die unklaren Verhältnisse im politischen Österreich werfen auch ihr Schatten auf die Arbeiterbewegung. Die fortwährenden inneren Kämpfe, sowie die Wirren auf dem Balkan lassen das Volk nicht zu der friedlichen Entwicklung kommen, wie es in Deutschland der Fall ist.

Als würdigen Schluß des Bundesrates hatten die österreichischen Freunde eine Festlichkeit für den Abend veranstaltet. Diefelbe konnte aber nicht stattfinden, weil vorher die schaurige Nachricht nach Tirol kam, daß der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin in Bosnien ermordet sei. Aus diesem Grunde wurden alle Festlichkeiten abgefragt.

Bewußte Unwahrheit!

Wenn jemand bewußt die Unwahrheit sagt, so bezeichnet man ihn im gewöhnlichen Leben als Verleumder. Diesen Vorwurf macht uns die „Holzarbeiter-Zeitung“ in ihrer vorletzten Nummer. Veranlassung hierzu gibt ihr die Behandlung der Arbeitsnachweisfrage auf unserer Generalversammlung. Bekanntlich wurde dort in bezug auf den Arbeitsnachweis u. a. folgendes gesagt:

„Der Schiedsspruch vom 8. Februar 1913 hat an der Stellung des Gewerkschafts zur Arbeitsnachweisfrage nichts geändert, um so weniger, als die Arbeitsnachweisfrage ohne Wissen der Vertreter des Gewerkschafts in den Schiedsspruch hineingekommen und seit dieser Zeit eine Besserung in der Tätigkeit der paritätischen Facharbeitsnachweise nicht eingetreten ist.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ behauptet nun, daß diese Sätze eine bewußte Unwahrheit enthalten und ferner glaubt sie nachgewiesen zu haben, daß die Frage des Arbeitsnachweises mit Wissen und Einverständnis der Vorstandsvertreter des christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbandes in den Schiedsspruch hineingekommen sei. Zum Beweis führt sie an: „Es habe am 2. Februar 1913 eine Vorbesprechung der 3 Arbeiterorganisationen stattgefunden, in welcher von den Vertretern des deutschen Holz-

arbeiter-Verbandes mitgeteilt worden sei, daß sie auf die Anerkennung des Musterregulativs für die paritätischen Arbeitsnachweise bestehen würden.“ Dadurch ist natürlich nicht bewiesen, daß unsere Vertreter damit einverstanden waren. Eine Erklärung der Vertreter des deutschen Holzarbeiter-Verbandes kam doch unmöglich als Zustimmung der Vertreter des Gewerkschafts ausgelegt werden. Am 4. Februar 1913 hat eine Besprechung zwischen den Arbeitervertretern stattgefunden; was die „Holzarbeiter-Zeitung“ aus dieser Besprechung konstruiert, ist durchaus falsch, denn niemand hat dort eine Erklärung abgegeben. Wir lassen deswegen noch einmal kurz folgen, was wir bereits im vorigen Jahre über diese Angelegenheit gesagt haben.

Die Bestimmung über die Arbeitsnachweisfrage ist ohne Wissen und Einverständnis unserer Vorstandsvertreter in den Schiedsspruch hineingekommen. Sofort nach Bekanntgabe des Schiedsspruches durch Freiherrn von Berlepsch am 8. Februar 1913 in der Handwerkskammer hat Schumacher uns Wort und Schrift um eine Abschrift, da er nicht in der Lage sei, das Vorgelegene festzuhalten. Da für den Gewerkschaftsvertreter und christlichen Verband keine solche mehr vorhanden war, erhielten unsere Vertreter die Abschrift des Freiherrn von Berlepsch; erst dann waren sie in der Lage zu sehen, was im Schiedsspruch stand. Der Arbeitsgeber Schöndorff monierte sofort, daß die Arbeitsnachweisfrage im Schiedsspruch stünde; ihm wurde erwidert, daß der Schiedsspruch nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Es entstand für unsern Gewerkschaftsvertreter die Frage, soll wegen des Arbeitsnachweises der ganze Schiedsspruch abgelehnt werden. Da mit der Beratung und dem Vorhandensein eines Musterregulativs keinerlei Verpflichtung verbunden ist, wurde unsern Mitgliedern vom Hauptvorstand empfohlen, den Schiedsspruch trotz dieser Bestimmung anzunehmen.“

Zu bezug auf das Musterregulativ sei noch folgendes gesagt:

„Am 4. Februar ist unsern Vertretern das umgeänderte Musterregulativ vorgelesen worden; darüber zu verhandeln war nicht mehr möglich. Das Ergebnis war, daß das Regulativ vervielfältigt werden sollte, damit auch die Vertreter des Gewerkschafts und des christlichen Verbandes in der Lage wären, ihren Vorständen dasselbe vorzulegen. Das vervielfältigte Exemplar erhielten wir am 8. Februar 1913, also an dem Tage, wo der Schiedsspruch gefällt wurde; eine Beratung darüber war

selbstverständlich nicht mehr möglich. Am 26. Februar 1913 hat die Sitzung stattgefunden, die zur Einigung auf Grund des späteren Arbeitgebers unterbreiteten Entwurfes führten, und zwar auf Grund der Auslegung, wie sie von den Vorstandsvertretern des deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu den einzelnen Paragraphen gegeben wurden.“

Es kann gar keine Rede davon sein und es ist eitel Kombination der „Holzarbeiter-Zeitung“, wenn sie behauptet, daß die Vertreter des Gewerkschafts oder des christlichen Verbandes von irgend etwas gewußt haben. Daß unsere Auffassung richtig ist, geht auch aus einer Notiz hervor, die der „Holzarbeiter“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, in seiner Nummer vom 3. Juli bringt. Diefelbe lautet:

„Die Arbeitsnachweisbestimmung im Schiedsspruch des Freiherrn von Berlepsch wurde nach der übereinstimmenden Bestimmung der Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts der Holzarbeiter und unseres Verbandes bei den vorjährigen zentralen Tarifverhandlungen, ohne ihr Vorwissen getroffen. Das ist schon vor Jahresfrist von beiden Seiten erklärt worden („Der Holzarbeiter“ Nr. 21, 1913). Als die „Holzarbeiter-Zeitung“ diese Darstellung der Sachlage nicht gelten lassen wollte, erfolgte eine erneute Feststellung beider Teile im Sinne der ersten Erklärung („Der Holzarbeiter“ Nr. 23, 1913). Der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsvertreter hat jetzt auf seiner Generalversammlung wiederum erklärt, die fragliche Bestimmung sei ohne Wissen des Vertreters des Gewerkschafts in den Schiedsspruch hineingekommen. Darauf antwortet die „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 26, diese Behauptung enthalte eine bewußte Unwahrheit; die Frage des Arbeitsnachweises sei mit Wissen und Einverständnis der Vorstandsvertreter des christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbandes in den Schiedsspruch aufgenommen worden. — Wir erklären hiermit zum dritten mal, daß diese Behauptung der „Holzarbeiter-Zeitung“ unzutreffend ist. Der Vorwurf der „bewußten Unwahrheit“, also der Lüge, trifft nicht uns, sondern denjenigen, der behauptet, unsere Verbandsvertreter hätten davon gewußt oder gar ihre Zustimmung gegeben, daß die Arbeitsnachweisfrage durch den Schiedsspruch geregelt werden sollte.“

Wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ noch zehnmal dasselbe behauptet, so wird sie auch zehnmal bewußt die Unwahrheit schreiben. Es kann dem Leiter der „Holzarbeiter-Zeitung“ unmöglich fremd sein, wie wir zum Arbeitsnachweis standen und heute noch stehen und, daß wir uns unter keinen Umständen zu einer dergleichen Erklärung hergegeben hätten.

Rundschau.

Die neuen Handelsverträge und ihre Wirkung auf die Holzölle.

Auf der letzten Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe wurde auch ein besonderes Referat über vorstehendes Thema gehalten und zwar führte Knieß-Kassel als Referent dazu nach der „Fachzeitung“ folgendes aus:

„Es gilt, zum Ausdruck zu bringen, daß das Holzgewerbe das lebhafteste Interesse an der Gestaltung der neuen Handelsverträge resp. der Festsetzung der dasselbe besonders angehenden Tariffätze hat, und daß es daher fordern muß, bei Feststellung derselben gehört zu werden. Sind doch 771 000 Personen in Betriebswerkstätten, 125 000 im Zimmerergewerbe, 50 000 im Holzhandel beschäftigt; also mit den Angehörigen derselben an vier Millionen Menschen. Es steht nun zu befürchten, daß andere Berufs-Organisationen wieder für ihre Interessen höhere Tariffätze durchsetzen, daß damit die Lebenshaltung noch mehr verteuert wird und die Arbeitgeber damit sich vor neue Lohnforderungen gestellt sehen. Andererseits führen diese Korrekturen auf höheren Tariffätzen wieder bei anderen Staaten zu Repressalien, durch die auch wieder das Gewerbe getroffen wird. Der Deutsche Forstverein hat eine ganz beträchtliche Erhöhung der Bäume auf einzufließendes Holz vorgeschlagen, und zwar für schwaches Hartholz auf Mk. 2,70, für starkes Kartholz auf Mk. 1,80 (bisherig Mk. 1,08); für schwaches Weichholz Mk. 1,80, für starkes Weich-

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den Sterbefall.

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbefasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung bestehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90 Mk.	bei einem	Wochenbeitrag von	5 Pf.
„ II	144 „	„	„	8 „
„ III	180 „	„	„	10 „
„ IV	270 „	„	„	15 „
„ V	360 „	„	„	20 „
„ VI	450 „	„	„	25 „

☞ Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — Auskunft erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Wohl dem, der sich zur Tugend gewöhnt im geringsten Geschäfte.
Der in allem sich gut, wohlwollend erweist und vernünftig,
Und besser Zweck es ist, durch alles sich selbst zu vereiteln!

Mahagoni, Ebenholz, Pflaunders und andere exotische Nutz- und Edelholzer. (Fortsetzung.)

Zu den härtesten Hölzern gehören ferner auch die verschiedenen Arten von Ebenholz. Man bezeichnet mit diesem Namen eine ganze Reihe von Hölzern sehr verschiedener Baumgattungen, die teils in Indien, teils in Afrika und in den Südländlichen heimisch sind. Der Name Ebenholz ist so allgemein geworden, daß man in Handelkreisen fast jedes Holz unbekannter Herkunft, das zugleich sehr hart, schwer und dunkelgefärbt ist, als Ebenholz bezeichnet, eine durchaus übel angebrachte Verallgemeinerung, die zu vielen Irrtümern und auch zu zahlreichen unklaren Handelsmanövern Anlaß gab. Heute hat man die Bezeichnung Ebenholz auf die verschiedenen Arten von Grenadillholz, welche auch als rotes oder braunes Ebenholz bezeichnet werden und den Ebenholzfamilien auch sehr ähnlich sind, beschränkt. Alle diese Hölzer sind sehr schwer und hart, von rötlicher, brauner, violetter oder auch grünlichgelber Farbe und von ausserordentlicher Festigkeit. Auch sind sie für alle Arbeiten in Tischlerei, Klempnerei und Drechlerei ein sehr geschätztes Material: Sorten sind Schmalholz, Holzblasinstrumente, auch Werkzeuge und als Baumstoffe werden vielfach aus diesen Hölzern hergestellt. Als die Musikinstrumentenfabrikanten ist von besonderem Wert das Holz des ebenfalls zu diesen Baumgattungen gehörenden, sehr schmalen (griechisch: euharexylon o. h. Weigenholz) zu nennen. Das Holz, das übrigens auch als Ebenholz bezeichnet wird, eignet sich ferner sehr gut besonders für Musikinstrumente und wird fast ausschließlich verarbeitet.

Der harte Kern der edlen Ebenholzer hat vielfach zur Herstellung von Schmuckgegenständen, sogenannten unedlen oder künstlichen Ebenholz, geführt. Man verwendet zu diesem Zweck in Europa mehrere verschiedene Hölzer, die von Natur aus ebenfalls sehr hart und schwer sind, wenn freilich auch keineswegs in dem Maße wie die echten Ebenholzer, während man die eigenartige dunkle Färbung des edlen Ebenholzes durch geeignete Beizung zu imi-

tieren sucht. So wird aus Buchsbaumholz das nordische oder abendländische Ebenholz hergestellt, während man als deutsches Ebenholz nach dieser Methode präpariertes Ebenholz und als falsches Ebenholz bekanntlich das Holz des Goldregens bezeichnet. Auch das harte Holz von Birnbaum, Pflaumenbaum und Hainbuche wird durch Beizen in künstliches Ebenholz verwandelt, und endlich wird auch die aus den Egeipänen harzreicher Hölzer vermittelte Bindemittel und unter Anwendung eines sehr hohen hydraulischen Druckes durch Zusammenpressen gewonnene Holzstoffmasse, die sich ähnlich wie natürliches Ebenholz bearbeiten, außerdem aber auch gießen und so leicht zu allerlei Luxusgegenständen verarbeiten läßt, als künstliches Ebenholz bezeichnet. Auch die unedlen und künstlichen Ebenholzerarten werden als erheblich billigeres Material vielfach zur Herstellung von Möbeln mittlerer oder auch besserer Qualität und ähnlicher Erzeugnisse verwendet und zu diesem Zweck meistens noch mit Furnieren echten Holzes belegt.

Von nicht so großer Bedeutung wie die vorgenannten Holzarten, dennoch aber ein sehr geschätztes Material für verschiedene kunstgewerbliche Industriezweige ist das Zedernholz. Unter diesem Namen kommt heute eine große Reihe von Holzarten in den Handel, die von verschiedenen zu den Nadelhölzern gehörenden und zumeist in Afrika und Asien heimischen Baumgattungen stammen. Alle Zedernarten besitzen ein weiches und leichtes, dennoch aber sehr dauerhaftes Holz, das von allen Holztreibenden am liebsten geachtet wird. Außerdem hat es auch einen eigenartigen aromatischen Geruch, der uns von dem Holz unserer Kiefern, das ebenfalls eine Zedernholzart ist, wohl bekannt ist. Das berühmteste Zedernholz ist das der Libanonzeder, das uns schon aus der Bibel wie auch aus dem griechischen und römischen Altertum bekannt ist. Ehemals war das weite Land um den Libanon mit mächtigen Zedernholzwaldungen bedeckt, die aber durch den jahrhundertlang, ja jahrtausendelangen Raubbau, der an den edlen Bäumen getrieben wurde, jetzt fast völlig verschwunden sind. Nur auf dem Libanon, dem Gipfel des Gebirges, befindet sich auch jetzt noch ein Wald von etwa 300 bis 400 mächtigen Zedern. Aus diesem Walde hatte schon König Salomon das Holz zum Bau des Tempels entnommen, weshalb der Wald noch heutigen Tages Salomonswald heißt. Der Wald wird gegenwärtig als Nationalwald betrachtet und sorgfältig gepflegt. Die Bäume erreichen eine Höhe bis zu dreißig Metern, dreizehn von ihnen haben einen Umfang von etwa elf Metern: das Alter dieser Bäume wird auf 2000 bis 3000 und von mancher Seite so-

gar bis auf 4000 Jahre geschätzt. Nicht minder wie die biblischen Völker schätzten auch Griechen und Römer das Zedernholz; sie verwandten es zu feinen Arbeiten sowie auch für die Särge berühmter Toten, seines angenehmen Geruches wegen außerdem auch zu Räucherzwecken. Besonders geschätzt war von ihnen auch die außerordentliche Dauerhaftigkeit des Holzes, weshalb man wertvolle Dinge, besonders kostbare Schriften, Bücher und Urkunden u. dgl. in Kästen aus Zedernholz aufbewahrte, woraus sich für hervorragende geschriebene Werke die Bezeichnung „opus cedro dignum“, d. h. wert in Zedernholz aufbewahrt zu werden, herleitete. Das Holz der echten Libanonzeder ist heute im Handel überhaupt nicht mehr erhältlich, da die geringen noch vorhandenen Bestände im Nationalpark sorgfältig gehütet werden. Dafür haben wir aber in der Himalaja-Zeder einen vollwertigen Ersatz. Diese Zeder ist außer in ihrem eigentlichen Heimatlande, dem Himalajagebirge, auch anderwärts mit gutem Erfolge angebaut worden. Im Taurusgebirge in Kleinasien finden sich große Wälder dieses Baumes, dessen Holz das wichtigste Material der dortigen Holzindustrie ist. Seit 1882 ist der Baum auch in England eingeführt und mit gutem Erfolge angebaut worden, mehrere Arten des Baumes gedeihen jetzt sogar auch im südlichen Frankreich und sogar am Rhein. Das rötliche, weiche und leichte Holz wird aus Asien und Nordafrika in bedeutenden Mengen nach Europa eingeführt und dient als geschätztes Material für zahlreiche Galanterie- und Drechlerarbeiten, wohl auch zu Furnieren. Seine bekannteste und populärste Verwendung aber ist wohl die zu Bleistiftspitzen, für welchen Zweck besonders in Deutschland jährlich ganz enorme Mengen dieses eigenartigen Holzes verbraucht werden, so daß bereits die Gefahr der Erschöpfung der Zedernholzwaldungen in bedenkliche Nähe gerückt ist und man sich bereits genötigt sah, nach einem Ersatz zu suchen, ohne aber bisher einen solchen, der speziell für die Zwecke der Bleistiftindustrie das Zedernholz entbehrlich machen könnte, gefunden zu haben. Endlich ist noch das falsche Zedernholz, auch spanisches Zedernholz genannt, das von der in Mittelamerika heimischen Zedernart stammt, zu erwähnen, ein sehr wohlriechendes Holz, das in Farbe und Struktur dem Mahagoniholz sehr ähnlich ist und das Material für unsere Zigarrenkästen, ferner auch für Zuder- und Gewürzkästen liefert. Auch hier ist der Bedarf bereits ein so großer geworden, daß die vorhandenen Zedernwälder nicht mehr ausreichen und man in einigen heimischen Holzarten, wie Erlen- und Buchenholz, Ersatz gesucht hat.

(Fortsetzung folgt.)

Holz Nr. 1.20 (bisher Nr. 0.72); für beschlagenes Hartholz Nr. 8. — (jetzt Nr. 1.92), für beschlagenes Weichholz Nr. 6 (jetzt Nr. 1.44); für gefälgtes Hartholz Nr. 12 (jetzt Nr. 5.76), für gefälgtes Weichholz Nr. 9 (jetzt Nr. 4.32). Wenn man nun bedenkt, daß wir einen Bedarf von 34 Millionen Festmeter Holz im Jahre haben, daß Deutschland davon nur 23 Millionen selber erzeugt, und der Rest eingeführt werden muß, so ist es eine gewaltige Summe, die da für unser Gewerbe in Frage kommt! Auch an der Erschwerung der Einfuhr billiger fertiger Ware (namentlich aus Schweden), sowie an der Bekämpfung der Einfuhr unserer Produkte haben wir ein großes Interesse. Jedner beantragt daher, seinen Ausführungen zuzustimmen und besonders an die Regierung mit dem Verlangen heranzutreten, daß das deutsche Holzgewerbe bei der Festsetzung der Zolltarife entsprechend seiner Bedeutung im wirtschaftlichen Leben ausgiebig gehört werde.

Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen an, ebenso dem Bedauern, daß der Vorliegende Harard zum Ausdruck brachte, weil die Regierung keine besonderen Vertreter des Handels in den Wirtschaftlichen Ausschuss zur Vorbereitung der Handelsverträge berufen habe.

Die deutschen Klavierfabriken

sind — wie die „Konjunktur“ berichtet — zurzeit befriedigend beschäftigt; einige wenige haben sogar einen sehr guten Geschäftsgang zu verzeichnen. Der günstige Beschäftigungsgrad läßt auf einen besseren Absatz im Inlande schließen, da die Ausfuhr sich im laufenden Jahre keineswegs besonders günstig entwickelt hat. Es sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 30.214 Klaviere ins Ausland gegangen, deren Gewichtsmenge auf 71.230 Doppelzentner angegeben wird. Dazu kommen noch 2188 Doppelzentner Teile, so daß die Ausfuhr der Menge nach im ganzen 73.418 Doppelzentner beträgt. Im Vorjahre waren es bis Ende Mai 77.997 Doppelzentner. Der Wert der Ausfuhr betrug im Vorjahre 19.18 Millionen Mark, dieses Jahr aber erst 18.49 Millionen. Das Minus entfällt vornehmlich auf das südamerikanische Geschäft, aber auch Mexiko und die Vereinigten Staaten von Amerika bezogen weniger. Dafür sind Rußland und der australische Bund aufnahmefähiger als im Vorjahr. Vor allem sind die Fabriken gut beschäftigt, die Klaviere mit Selbstspielapparaten liefern. Obenan steht hier die Hupfeld W.G. in Leipzig, deren Geschäftsgang zurzeit als gut zu bezeichnen ist. Die Erlöse dieser Unternehmungen haben dazu geführt, daß die Klavierfabriken überhaupt immer mehr Instrumente mit Selbstspielmechanismus liefern, so daß die Konkurrenz auf diesem Gebiete schärfer wird. Ueber die Geschäftsaussichten sind die Meinungen geteilt, aber darüber herrscht Uebereinstimmung, daß die Geschäftslage sich verschlechtern muß, wenn der Absatz im Auslande sich nicht bald hebt. Die Besserung der Marktlage im Inlande ist nicht von der Stärke, um eine Abnahme des Exports längere Zeit hindurch ausgleichen zu können. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Fabriken ist vielmehr auf einen steigenden Absatz am Weltmarkt eingerichtet. Die Preise zeigen im Auslandsverkehr eine weichende Tendenz. Auf dem Inlandsmarkt macht sich der Zwischenhandel mit gebrauchten Klavieren sehr unangenehm bemerkbar. Die Qualitätsware wird von der billigen und raschen Massenherstellung immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Der „Verband Deutscher Waggonfabriken“

ist auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Der Verband umfaßt rund 95 Prozent der jetzigen Produktion an Waggonen. Dem Aufsichtsrat des Verbandes gehören nunmehr folgende Herren an: Geheimrat Baurat Martiny in Breslau als Vorsitzender, Direktor Busch in Bautzen als stellvertretender Vorsitzender, Direktor Hartly in Nürnberg, Direktor Beyer in Köln-Chrenfeld, Kommerzienrat Charlier in Köln-Deutz, Kommerzienrat Heumann in Wnigberg, Direktor Ripper in Uerdingen und Direktor Menne in Siegen. Die Geschäftsleitung ruht in den Händen des Geheimen Baurats Schrey und des Bauinspektors Jacobs in Charlottenburg.

Die Waggonfabriken

sind gegenwärtig zwar etwas ungleichmäßig beschäftigt, aber im großen und ganzen kann der Geschäftsgang als befriedigend bezeichnet werden. Sehr gut ist der Beschäftigungsgrad in den Kölner Betrieben, vornehmlich bei Herbrand. Die Arbeiterziffer steigt, außerdem müssen noch teilweise Überstunden gemacht werden. Ein weiterer großer Betrieb in Köln hat einen anscheinlichen Auftrag von der internationalen Schlafwagengesellschaft fertig zu stellen, weswegen mit Hochdruck gearbeitet werden muß. In den süddeutschen Betrieben ist der Geschäftsgang meist als gut zu bezeichnen. Die Betriebe in Mitteldeutschland und in Schlesien sind weniger gut beschäftigt. Das liegt aber nicht immer an der Höhe der Aufträge. In der Waggonfabrik Görlitz z. B. wird umgebaut, es werden neue Maschinen aufgestellt usw., so daß die Arbeit aufgehalten wird, manche Abteilungen haben sogar oft ganze halbe Tage ausliegen müssen. Das Auslandsgeschäft ist in Personenwagen noch gut. Das Mehr der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr ist erheblich. Es wurden in den ersten fünf Monaten fertige Personenwagen im Werte von 2,8 Millionen Mark ausgeführt, während im Vorjahr der Wert noch nicht eine Million erreicht hatte. Die Ausfuhr von Güterwagen hat dagegen sehr nachgelassen; sie fiel von 11,40 Millionen Mark im Vorjahr auf 6,79 im Jahre 1914. Es ist freilich zu berücksichtigen, daß die Waggonfabriken keineswegs sich bloß auf die Herstellung fertiger Personen- oder Güterwagen beschränken, sondern auch bei der Herstellung anderer Fahrzeuge stark beteiligt sind. Allerdings zeigt sich auch bei diesen eine Abnahme der Ausfuhr im laufenden Jahre, so daß man zu dem Schluß kommt, daß entweder die Inlandsbestellungen sehr stark sind, oder aber in letzter Zeit wieder große Aufträge vom Auslande eingegangen sind. Für einen Teil der Fabriken trifft sicherlich die zweite Eventualität zu. Die Preise für die Lieferungen sind durchaus befriedigend, was bei dem Zusammenhalt der Werke nicht verwunderlich sein dürfte. Auch im Verkehr mit dem Auslande ist die Höhe der Preise so, daß ein guter Nutzen bleibt.

(„Die Konjunktur“.)

Weibliche Handwerksmeister.

Als erster weiblicher Uhrmachermeister in Preußen hat Fräulein Paula Schert die Prüfung vor der Handwerkskammer in Danzig mit Erfolg bestanden. — Bei der Kürschnerprüfung in Eberswalde bestand am 20. Mai Fräulein Bianca Philipsberg aus Lüben (Schlesien) die Prüfung als Kürschnermeisterin.

Den günstigen Abschluß von Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen

für die Gewervereinsmitglieder hat der Zentralrat durch Abschluß eines Vertrages mit der „Allgemeinen Kölnischen (A.-G.)“ möglich gemacht. Der abgeschlossene Vertrag gewährt nicht nur große Vorteile bezüglich der Prämien, auch die Aufnahmege-

bühren sind sehr mäßig. Es wird nur eine einmalige Ausfertigungsgebühr im Betrage von 50 Pfg. erhoben. Alle sonstigen Aufnahmegebühren fallen fort. Für Streitigkeiten aus den Versicherungsverträgen ist ein Schiedsgericht vorgesehen, das zur Hälfte aus Gewervereinsmitgliedern besetzt wird.

Die Durchführung des Vertrages liegt also durchaus im Interesse unserer Organisation und ihrer Mitglieder. Die Information unserer Vertrauensmänner über die Versicherung wird erfolgen können, wenn die Druckachen fertiggestellt sind und an alle Ortsvereine verandt sind.

Vom bayerischen Holzmarkt.

Das erste Halbjahr ging zu Ende, ohne daß der in der Bau- und Holzbranche erwartete stichtische Umschwung zum Besseren eingetreten wäre. Wohl ist in manchen Orten die Bautätigkeit etwas reger und dadurch der Holzbedarf größer geworden. Was den Preisstand der Bretter, des Bauholzes, der Eichenschnittware betrifft, so ist während des letzten Halbjahres wohl eine Besserung eingetreten, allein zwischen Verkaufspreise der Ware und den Holzpreisen im Walde konnte bisher ein normales Verhältnis nicht geschaffen werden. Die Waldbesitzer, die trotz aller mäßigen Geschäftslage am Holzmarkt von Jahr zu Jahr bessere Preise für ihr Holz bekamen, sehen in der Hauptsache selbst recht gut ein, daß ohne baldige Aenderung der Verkaufspreise die Holzpreise eine ruinierende Höhe inne haben. Die Regulierung der Verkaufspreise ist unbedingt die erste Aufgabe der Geschäfte auch; fernerhin, wenn die Gesundung am Markte sich fortsetzen will. Im übrigen wird in Kreisen der Waldbesitzer vielfach für die bevorstehende Rindholzjahren mit einem Rückgang der Holzpreise gerechnet. Ob es aber wahr wird, das ist zweifelhaft.

Die Notwendigkeit eines Reichseinigungsamtes,

dessen Errichtung von den Deutschen Gewerksvereinen nun schon seit einer Reihe von Jahren gefordert wird, ergibt sich neuerdings aus der langen Dauer des Streiks und der damit verbundenen Aussperrung auf den Linke-Hoffmann-Werken in Breslau. Rund 22 Wochen sind nun schon ins Land gegangen, ohne daß ein Ende dieser großen Bewegung abzusehen ist. Verächtliche Kärzungen der Arbeiterlöhne, die den Arbeitern einen Minderverdienst brachten, waren die Ursachen, aus denen im Januar verschiedene Abteilungen der Linke-Hoffmann-Werke die Arbeit niederlegten. Im Februar ließ die Leitung dieser Werke als Antwort auf den partiellen Streik die Aussperrung von rund 4000 Arbeitern folgen. Wohl haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden, die aber bisher noch kein Ergebnis zeitigten, das den Arbeitern annehmbar erschien. Dieser Dohnkampf zieht nun nicht nur durch seine lange Dauer, sondern auch durch die große Zahl der beteiligten, meist verheirateten Arbeiter weitere Kreise in Mitleidenschaft. Die Kaufkraft der Arbeiter, die wohl von ihren Organisationen Unterstützungen in angemessener Höhe erhalten, ist naturgemäß herabgemindert; die Geschäftswelt spürt das sehr deutlich, und die Bürgerschaft von Breslau hat schon vor einiger Zeit in öffentlichen Versammlungen für die Arbeiter Partei genommen. Der außerordentliche Reichtum der Linke-Hoffmann-Werke, die auch für das verflochtene Geschäftsjahr wieder 17 Prozent Dividende zahlen konnte, macht die Direktion haßkarrig und unangenehm. Gerade diese Werke hätten es wahrlich nicht notwendig, Lohnkürzungen vorzunehmen und dadurch der Volkswirtschaft schweren Schaden zuzufügen. Diese Schädigung weiter Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung in Breslau, hervorgerufen durch den Eigensinn einzelner Personen, dürfte die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichseinigungsamtes mit aller Deutlichkeit aufs neue beweisen, zumal auch hier das Staatsinteresse berührt wird. Die Linke-Hoffmann-Werke liefern ihre Lokomotiven und Waggonen an die Staatseisenbahnen. Diese Lieferungen unterbleiben jetzt, weil mit den ungeübten Arbeitern, die noch im Werke tätig sind, nichts geliefert werden kann. Das Eisenbahnministerium wäre hier zunächst die Instanz, die einzusetzen hätte, nachdem der Gewerbegerichtsvorsitzende in Breslau keine Zugeständnisse der Firma erzielen konnte. Die Einwirkung dieses Ministeriums wäre hier aus volkswirtschaftlichen Gründen durchaus geboten, weil eben ein Reichseinigungsamt mit Verhandlungszwang zur Zeit noch nicht besteht.

Das private Versicherungswesen ist ein glänzendes Geschäft — für die Aktionäre.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ machte im Jahre 1913 wieder sehr gute Geschäfte. Sie erzielte aus ihrem Gesamtgeschäft einen Ueberschuß von 39.519.451 Mk. und zahlte ihren Aktionären eine Dividende von 170 pro Aktie, für welche nur 600 Mk. einbezahlt sind. Der Ueberschuß bei der großen Lebensversicherung betrug 19.394.726 Mk., bei der kleinen (Volkerversicherung) 16.988.336 Mk. Die Agenturprovisionen betrugen bei der Volksversicherung 13.442.415 Mk., die Verwaltungskosten und Steuern 5.156.400 Mk. Im ganzen betrugen die Einnahmen bei diesem einen Zweig des Geschäftes allein 479.223.831 Mk., woran im besten die soziale finanzielle Bedeutung und Wirkung solcher Anstalten zu ermessen ist. Daß die Aktionäre und Aufsichtsräte in diesem Jahre sich mit den Erträgen der übrigen Zweige für ihre Lantienmen begnügen müssen und aus dem Ueberschuße der Volksversicherung Lantienmen nicht bezahlt werden, sind erfreuliche Folgen der Gründung der Volksfürsorge und der deutschen Volksversicherung, die beweisen, daß sich auch die Privatgesellschaften den berechtigten Reformen nicht entziehen können.

Werkbund-Ausstellung in Köln a. Rh.

Während der Zeit vom 15. Mai bis 15. Oktober 1914 findet in Köln a. Rh. die Deutsche Werkbundausstellung statt. Diese Ausstellung beansprucht wegen ihrer Eigenart und Bedeutung auch das weitgehendste Interesse der Arbeiterschaft. Der Veranstaltung dieser Ausstellung ist der Deutsche Werkbund, dessen Arbeitsprogramm lautet: Zweckmäßigkeit, Qualität und künstlerische Form in der Produktion. Die Deutsche Werkbund-Ausstellung will nun an Musterbeispielen die Veredelung von Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel durch den Eintritt der Kunst zur Anschauung bringen.

Die Ausstellungsleitung hat unserem Gewerbeverein für seine Mitglieder Eintrittskarten zu dem ermäßigten Preis von 60 Pfg. zur Verfügung gestellt. Diese Eintrittskarten gelten zum Eintritt in die Ausstellung ab 28. Juni, und zwar an den Sonntagen, Montagen und Mittwochs. Ab 1. August gelten diese Karten an allen Tagen, ausgenommen an einigen Gütetagen. Verbandskollegen können diese Karten zum Preise von 60 Pfg. durch den Bezirksleiter J. Leher, Köln, Severinstraße 156, sowie dem Ortsverband Skafier Wilh. v. Eiden, Köln, Severinstraße 13-15, gegen vorherige Einreichung des Betrag beziehen. Auch Einzelkarten werden auf dem Büro abgegeben.

Des Ferneren verweisen wir auf eine Bekanntmachung der Eisenbahnverwaltung bezüglich Fahrpreisermäßigung zum Besuche der Werkbundausstellung. Nähere Auskunft kann auf den Bahnhöfen eingeholt werden.

Der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine Köln und Umgebung.

□ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □

Berlin. Am Sonnabend den 4. Juli hielt unser Ortsverein eine allgemeine Mitgliederversammlung im Verbandslocale ab, die von Mitgliedern aus allen Bezirken gut besucht war. Hauptpunkt der Tagesordnung war: Die Dezentralisation des Ortsvereins. Kollege Nuss als Referent über diesen Punkt warf einen Rückblick über die Lage des Ortsvereins seit der Verschmelzung im Jahre 1905. Die Verhältnisse damals waren Grund zum Zusammenschluß der einzelnen Ortsvereine. Die Hoffnungen, die daran gesetzt wurden, sind leider nicht alle in Erfüllung gegangen und es machte sich in letzter Zeit eine Stimmung bemerkbar, die darauf hinging, den einzelnen Bezirken mehr Selbständigkeit zu geben. Das konnte nur dadurch geschehen, daß die jetzt bestehenden Bezirke zu selbständigen Ortsvereinen erhoben werden. Die Verwaltung des Ortsvereins hatte eine Vorlage ausgearbeitet, welche in der Versammlung fast einstimmig Annahme fand. Mit dem 1. August 1914 treten die Ortsvereine in Kraft und werden von diesem Tage ab sämtliche Unterstützungen zc. in den Ortsvereinen ausgezahlt. Die Lokalkasse bleibt zentralisiert und wird von einer Kommission verwaltet, zu welcher jeder Ortsverein einen Vertreter zu wählen hat. Ein Antrag aus den Mitgliederkreisen verlangte, den Lokalkassentrag von 25 Pfg. auf 30 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Es wurde beschlossen, eine Krabstimmung über die Frage der Beitragserhöhung vorzunehmen. Von dem Lokalkassentrag verbleiben den Ortsvereinen 20 Prozent zu Verwaltungskosten, die übrigen 80 Prozent sind an die Lokalkasse abzuliefern, aus welcher sämtliche z. Bt. im Lokalkassentrag festgesetzten Unterstützungen gezahlt werden. — Kollegen, die Beschlüsse sind gefaßt und es liegt nun an uns, dafür zu sorgen, daß unsere Reichen gestärkt werden. Jeder einzelne muß nun Hand ans Werk legen und agitieren um uns auf die Höhe zu bringen, die dem Gegner Achtung verschafft. Jeder Kollege muß stolz sein, seinem Ortsverein das erste Mitglied zuzuführen. Wir wollen uns auch nicht kränken, daß, wenn Not am Mann, der Gewerbeverein am nächsten ist. Den Mitgliedern der gegnerischen Organisation, welche schon 1.25 Mk. die Woche Beitrag bezahlen, wird zugemutet, noch Extrabeiträge bis zu 1 Mk. die Woche zu zahlen. Wenn wir in Betracht ziehen, daß unsere Unterstützungsätze manchmal höher sind wie dort, so müssen wir mit Freuden dieses kleine Opfer bringen. Kollegen, sorgt dafür, daß auch dieser Beschluß einstimmig gefaßt wird. Hans Demps, Schriftführer.

Duisburg. Am 3. März dieses Jahres sind es 25 Jahre geworden, seitdem in Duisburg der Ortsverein der Holzarbeiter gegründet wurde. Es ist eine nette Spanne Zeit, die hinter uns liegt, und sind in dieser Zeit dem Ortsverein Freud und Leid, die das gewerkschaftliche Leben nun einmal mit sich bringt, nicht erspart geblieben. Trotz all dieser Widerwärtigkeiten haben unsere alten Veteranen treu zur Sache gestanden und gebührt ihnen an erster Stelle der Dank. In treuer Arbeitsgemeinschaft und dem festen Willen, für eine gute Sache zu kämpfen, haben sich die Kollegen am Orte eine Position verschafft, die nur dazu benutzt wird, durch den Gewerbeverein den Mitgliedern eine Besserstellung ihrer Lebenslage zu verschaffen. Das was der Ortsverein geworden ist, hat er aus eigener Kraft geschaffen. Unsere Entwicklung ist nicht getragen von Begünstigungen anderer, und alle diejenigen, welche vorurteilsfrei die Duisburger Verhältnisse kennen, müssen zugeben, daß der Gewerbeverein noch nie versagt hat, wo es galt, für die Kollegen Verbesserungen zu schaffen. Dieses haben wir bei allen Fragen bis jetzt voll und ganz bewiesen und werden wir auch für die Zukunft nach derselben Richtung hin unseren Mann stellen. Was nützt heute dem Arbeiter aller Großmachtsdüffel, wenn derselbe bei Durchführung von praktischer Arbeit versagt. Nichts ist verkehrter als die Arbeiterschaft je nach politischer oder religiöser Hinsicht aufzuzerlegen, weil hierdurch die Gegensätze nicht überbrückt, sondern nur noch mehr auseinandergerissen werden. So haben dann die Kollegen im Laufe der Jahre es auch nicht daran fehlen lassen, aufklärend unter den Holzarbeitern zu wirken, und können wir mit Befriedigung feststellen, daß diese Arbeit nicht vergebens war. Leider ruhen heute die meisten unserer Gründer schon unter dem kühlen Regen vom Kampfe des Lebens aus, ihnen ist es nicht mehr vergönnt, den Jubeltag im Reize der jüngeren Generation miteiern zu können. Aber eins wollen wir ihnen gefoben und zwar: nach wie vor aufklärend für den Gewerbeverein unter den Massen zu wirken und neue Kämpfer um unser Banner zu scharren mit dem Wahlspruch: Für Vaterland, Freiheit und Sozialreform. Neben dieser ersten Mahnung wollen wir aber trotzdem unseren heutigen Tag als einen Jubeltag betrachten und ihn auch festlich begehen. Am Sonntag den 12. und Montag den 13. Juli finden in den Räumen des Parkhauses feierliche Veranstaltungen statt. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß auch der letzte Kollege sich mit seinen Familienangehörigen an diesen Veranstaltungen beteiligt. Ein Arbeiterfest usw. doch ein Jubelfest soll es sein.

Die Freuden des Lebens sind doch auf der Flucht. Der sucht sie vergebens. Der schleichend sie sucht.

Sagen. In der am 27. Juni abgehaltenen Versammlung gab unter Punkt 3 der Tagesordnung Kollege Landau einen ausführlichen Bericht über die 11. Generalversammlung. Er bemerkte, daß die Delegierten von all den Berichten in der „Eiche“, sowie von all den Anträgen, welche gestellt waren, nur das Beste für den Gewerbeverein wollten. Aus dem Tätigkeitsbericht sowie Massenbericht des Hauptvorstandes, welcher gedruckt vorlag, gab der Abgeordnete die Zahlen der Berichtsperiode bekannt und betonte, daß der Gewerbeverein der Holzarbeiter mit seinen Unterstützungsleistungen an der Spitze stände und bittet, die Beschlüsse der 14. Generalversammlung auch nun in der Tat auszuführen. Dann fand eine lebhafte Diskussion statt, an welcher sich fast sämtliche Kollegen beteiligten und den Ausführungen des Berichts beistimmten. Diejenigen Ortsvereine des 17. Bezirks, welche einen Bericht wünschten, mögen sich bitte an Kollege Landau wenden. — Sonntag den 12. Juli findet das 3. Bezirksfest in Wetter statt; hoffentlich werden sich sämtliche Kollegen mit ihren Familien daran beteiligen. Treffpunkt 1½ Uhr mittags im Vereinslokal Waldweid. Abfahrt 2.04 Uhr Hauptbahnhof.

Hamburg. Den Mitgliedern und Kollegen zur Kenntnis, daß von der 27. Woche an der Lokalbeitrag 40 Pfg. pro Woche beträgt.

Ulm a. D. Nach einem Vortrag des Bezirksleiters Kollege Barnholt über die 14. Generalversammlung wurde die Erhöhung des Lokalbeitrages um weitere 5 Pfg. von der 31. Woche ab einstimmig von der gutbesuchten Versammlung beschlossen.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten nach Breslau (Einkaufsmann-Werke), Gotha (Steckpianosfabrik).

In Pr. Stargard (Westpr.) ist es am Donnerstag den 2. Juli cr. in der Möbelfabrik von Martin Neustadt zum Streit gekommen.

Die Firma hatte mit uns vor einem Jahr einen Arbeitsvertrag geschlossen. Am 1. Mai cr. kündigte sie selbst den Vertrag zum 1. Juli cr., in der Annahme, ohne Vertrag arbeiten zu können.

Am 29. Juni und am 1. Juli cr. verhandelten die Vertreter der Organisation mit der Firma und erreichten von dieser auch einige Zugeständnisse. Bei der Erhöhung der Arbeitspreise und der Löhne für die Maschinenarbeiter konnte aber eine Einigung nicht erzielt werden.

Aus der Rechtsprechung.

Der Kinderzuschuß der Invalidentenrentenempfänger.

Der § 1291 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß sich, wenn der Empfänger einer Invalidentenrente Kinder unter 15 Jahren hat, die Rente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage erhöht.

Man hatte ein Arbeiter auf seinen Antrag Invalidentenrente bewilligt erhalten, doch war ihm — entgegen seinem Verlangen — der Kinderzuschuß nicht gewährt worden, mit der Begründung, er wohne seit geraumer Zeit gar nicht mit seiner Familie zusammen, und es könne daher auch keine Rede davon sein, daß er gegebenenfalls den Kinderzuschuß im Interesse seiner Kinder verwende.

Das Reichsversicherungsamt hat sich indessen dahin ausgesprochen, daß dem Kläger in jedem Falle der verlangte Zuschuß zur Invalidentenrente zu gewähren sei. Der Wortlaut der gesetzlichen Vorschrift mache die Gewährung des Kinderzuschusses lediglich davon abhängig, daß der Rentenempfänger, wie es hier der Fall ist, Kinder unter 15 Jahren hat.

empfangern, die Kinder unter 15 Jahren haben, bewilligt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie den Kindern Unterhalt gewährt haben oder nicht. Zudem entspricht die unterstehende Gewährung des Kinderzuschusses an alle Rentenempfänger, die Kinder unter 15 Jahren haben, auch dem praktischen Bedürfnis.

Patentschau.

Angemeldete Patente: Nr. 75 b. R. 39 484. Verfahren zur Herstellung der Darstellung von Möbeldekorationsflächen u. dgl.

Nr. 34 i. 607 679. Möbelfuß aus von einander entfernbarren Teilen zwecks Höhenveränderung. Otto Jurischka, Gießen. Angem. 29. 5. 14.

Nr. 34 i. 608 317. Beschlag zum Verbinden von Schrank- und dgl. Möbelteilen. Heinrich Busch, Hagen i. W. Angemeldet 3. 6. 14.

Nr. 34 i. 608 329. Zusammenlegbare Tische und Bänke. Fritz Merkel, Bayreuth. Angem. 6. 6. 14.

Nr. 38 a. 607 609. Zerlegbare Säge. Paul Wolff, Berlin. Angemeldet 29. 5. 14.

Nr. 38 c. 608 105. Rotierendes Poliergestell. Zacharias Casar Ponanski, Charlottenburg. Angem. 26. 2. 14.

Nr. 38 e. 607 810. Leim-Bochtopf, bei welchem der Leimtopf in einem am oberen inneren Rande des Wasserbochtopfes sich befindenden breiteren Blechringe hängt. Georg Herold, Hamburg. Angem. 22. 5. 14.

Literarische Mitteilungen.

Von Forel's Hygiene der Nerven und des Geistes im gefunden und kranken Zustande, ist vor kurzem die vierte, durchgesehene und erweiterte Auflage erschienen (Verlag von Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart, 336 S. M. 4.50).

Amtlige Bekanntmachungen.

Zur Aushilfe

haben nachstehende Ortsvereine bezw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Juni bis einschließlich 30. Juni 1914 folgende Zuschüsse erhalten:

- a) Gewerkevereinstafel: Beuthen 75, — Breslau 1326, — Danzig I 550, — Eisenach 20, — Frankfurt a. M. 20, — Glogau 36, — Gotha 70, — Graubenz 25, — Hamburg 300, — Leipzig 11, — Lindau 50, — Rudolstadt 50, — Rynitz 50 Mt.

- b) Krankenkasse: Bauen 150, — Berlin 300, — Breslau 24, — Bunsau 50, — Danzig I 150, — Düsseldorf 50, — Düsseldorf 100, — Duisburg 80, — Frankfurt a. O. 50, — Gelsenkirchen 40, — Gießen 100, — Gumbinnen 30, — Haaren 20, — Halle 28, — Langensalza 30, — Leipzig 30, — Lindau 55, — Neudöhlen 70, — Neustadt 40, — Nürnberg II 45, — Paderborn 10, — Paderborn 15, — Posen 60, — Rudolstadt 145, — Stuttgart 100, — Thamar 20, — Worms 70, — Umgebuht 145 Mt. c) Sterbekasse: Breslau 90, Elbing 144, — Straßburg 144 Mt.

Die Ortsvereinstaffierer werden hiermit auf das Bestimmteste ersucht, dem § 37, Abs. 3 des Gewerkevereins-Statuts die nötige Beachtung zu schenken.

Berlin, den 30. Juni 1914. W. Zille, Hauptstaffierer.

In Nr. 26 der „Eiche“ heißt es in der ersten Spalte, daß die jährlichen Ertragsbeiträge von 50 Pfg. in Fortfall kommen. Hierzu ist zu bemerken, daß diese 50 Pfg. in diesem Jahre noch bezahlt werden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. Natürlich mußte die Ueberschrift nicht „Arbeiterschutzbund“, sondern „Arbeitgeber-Schutzbund“ heißen.

Versammlungsanzeigen.

Ein fleißiger und pünktlicher Besuch der! Versammlung ist Ehrenpflicht aller Kollegen!

Berlin. Sonnabend, den 11. Juli 1914: Bezirk Ost und Möbelarbeiter, abends 8 1/2 Uhr. Köpenickerstraße 65. Zahlabend. Möbel- und Fabrikarbeiter, abends 8 Uhr bei Schröder, Ertterstraße 50. Zahlabend. — Sonntag, den 12. Juli: Einseher, vormittags 10 Uhr im Verbandsbause, Greifswalderstraße 221/23. Branchenversammlung. — Mittwoch, den 15. Juli, Bezirk Nord und Bautischler, abends 8 1/2 Uhr bei Mattausch, Brunnenstraße 143. Vertrauensmännerversammlung. — Samstag, den 18. Juli: Bezirk Südost und Klavierarbeiter, abends 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Alsbachstraße 21, Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des gesamten Vorstandes; 2. Vortrag (mit Damen) über unsere Volksversicherung. Referent: Kollege Porthoff-Berlin. Bezirk Nord und Bautischler, abends 8 1/2 Uhr bei Mattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. — Bezirk Nordost: Samstag den 11. Juli im Lokal Schultheiß, Turmstraße 18.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen ist: „Abstimmung über die Erhöhung der Lokalbeiträge von 25 auf 30 Pfennig und Fortfall der Branchenmarken.“

Frankfurt a. M. Samstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Ebert, Brönnertstraße 12. Tagesordnung Erhöhung des Lokalbeitrages.

Hagen. Samstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal Kadewe, Elberfelderstr. 100.

Hamburg. Samstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Versammlung bei Gress, Lagerstraße 2.

Leipzig. Sonnabend den 11. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Goldnen Löwen“, Burgstraße.

Neustadt a. Saardt. 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal, Wellheimer Bierhalle, Kellereistra. 4.

Thorn. Sonntag den 13. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, Versammlung im Restaurant Nicolai, Mauerstraße 62.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtlige Beilage“ bei, welche den Vorstandsmitgliedern sofort einzuhandigen ist.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkevereine H.-D. Groß-Berlin.

Am 11. und 12. Juli 1914

Gemeinsame Gesellschaftsfahrt nach Rügen.

Alles Nähere durch die Ortsvorstände. Meldungen sind an den Vorsitzenden der Sozialen Kommission, Koll. Eduard Jordan, Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 22/23 zu richten.

Der Vorstand.

Gewerkevereins-Liedertafel Groß-Berlin.

Am Sonntag den 5. Juli 1914

Mondscheinfahrt mit Musik

Sam. Schwaettershorst. Abfahrt 7 1/2 Uhr von der Reederei Robeling, Jannowitzbrücke (Schiff 10).

Der Vorstand.

Worms. Durchreisende arbeiten.

Worms. Durchreisende erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pfg. im Verbandslokal zum Heimbau, Rheinstr. 4.

Jena. Durchreisende erhalten 75 Pfg. Ortsgeheim bei Carl Köhler, Greifgasse 2, Ecke Oberlönitzgasse.

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3, — Mk. per 100 Stück.



100 St. feine 7 Pf.-Zigarren 3.50 Mt., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren 4. — Mt., 100 St. hochf. 10 Pf.-Zigarren 5. — Mt., 100 St. hochf. 12 Pf.-Zigarren 6. — Mt. Feinste Zigaretten zu billigsten Preisen liefere ich, weil ich ganze Lager aus Lombardspeichern usw. aufkaufe.

Ein Versuch führt zu dauernder Annoschaft. 500 Stück franco. Nichtvorwiederholende Zurücknahme oder Umtausch. Versand von 100 Stück an. Th. Pelsler, Verbandsbause, Berlin 54, Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1866.

Die Deutschen Gewerkevereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Varnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

Table with 2 columns: Quantity and Price. 1 Stück 0.10, 25 2.00, 50 3.50, 100 6.00.

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkevereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 221/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

Das Bureau des Danziger Bezirks

befindet sich bis 1. Oktober 1914 Danzig-Alte, Graben Nr. 32, II. Arbeitersekretäre und offene Stellen sind sofort nach dort zu melden. W. Mroczkowski, Bezirksleiter.

Das Arbeitersekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine in Hamburg

befindet sich Markstraße Nr. 18. Telefon: Gruppe VI, Nr. 9715. Arbeitersekretär Gerhard Meuthen.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkevereine befindet sich Alte Mainzerstraße 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegebühren erfolgt nun auf dem Arbeitersekretariat der Gewerkevereine Bremen, Lindenstr. 2. Gelsenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mt. bei W. Mayer, Josefstr. 30.